Bündnis 90/Die Grünen Worms

Tobias Dämgen
Mitglied der Stadtratsfraktion

Geschäftsstelle
Koehlstrasse 5

67547 Worms

tobias.daemgen@gruene-worms.de

Worms, den 04.11.2026

Änderungsantrag zum Haushalt 2027 für mehr Hitzeschutz an Wormser Schulen und Kitas inkl. der Schaffung einer zusätzlichen Fachstelle und weiterer langfristiger Verpflichtungen über Investitionen von 5 Millionen Euro bis 2030

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt, dass der Haupt- und Finanzausschuss dem Stadtrat folgende Änderungen und Ergänzungen zum Haushaltsentwurf und Stellenplan 2027 empfiehlt:

Beschlussvorschlag

1. Zusätzliche Vollzeitstelle für Hitzeschutz schaffen

Im Stellenplan 2027 wird beim Wormser Immobilienmanagement (WIM) **eine zusätzliche Vollzeitstelle (1,0 VZÄ)** für eine Architektin beziehungsweise einen Architekten oder eine Ingenieurin beziehungsweise einen Ingenieur neu ausgewiesen.

Diese Stelle ist bislang nicht Bestandteil der vorgesehenen Stellenplanung und wird zusätzlich in den Stellenplan 2027 aufgenommen. Die erforderlichen Personalkosten sind entsprechend zusätzlich im Personalhaushalt 2027 zu veranschlagen.

Die Fachstelle übernimmt die systematische Bestandsaufnahme, die Entwicklung eines gesamtstädtischen Hitzeschutzkonzeptes sowie die Planung, Koordination und Umsetzung konkreter Maßnahmen an städtischen Schulen, Kindertagesstätten und deren Außenanlagen.

2. Hitzeschutzschauen und Hitzeschutz-Monitoring einführen

An allen städtischen Schulen und Kindertagesstätten werden systematische „Hitzeschutzschauen“ eingeführt. Dabei werden die baulichen Gegebenheiten, die tatsächliche Hitzebelastung von Innenräumen und Außenanlagen sowie geeignete Schutzmaßnahmen untersucht.

Ergänzend wird ein einheitliches Temperatur- und Hitzeschutz-Monitoring aufgebaut. Dieses soll die tatsächliche Belastung dokumentieren, besonders betroffene Einrichtungen identifizieren und die Wirksamkeit umgesetzter Maßnahmen überprüfen.

Die Nutzerinnen und Nutzer der Einrichtungen, insbesondere Kinder, Eltern, Lehrkräfte und pädagogische Beschäftigte, werden in die Bestandsaufnahme und Maßnahmenentwicklung einbezogen. Auf Grundlage der Ergebnisse wird ein nach Dringlichkeit, gesundheitlichem Schutzbedarf, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit priorisierter Maßnahmenplan erstellt.

3. Zusätzliche Haushaltsmittel für 2027 bereitstellen

Im Haushaltsplan 2027 wird **ein zusätzlicher Ausgabenansatz in Höhe von 100.000 Euro** für die Konzeption und Umsetzung von Hitzeschutzmaßnahmen an städtischen Schulen und Kindertagesstätten einschließlich ihrer Außenanlagen geschaffen.

Diese Mittel sind bislang nicht für das beantragte Hitzeschutzprogramm im Haushaltsentwurf 2027 berücksichtigt und werden zusätzlich zu den bereits vorgesehenen Bau-, Sanierungs- und Unterhaltungsbudgets bereitgestellt. Die Mittel dienen insbesondere der Bestandsaufnahme, der Entwicklung des Hitzeschutzkonzeptes, dem Aufbau des Temperatur-Monitorings sowie ersten kurzfristig umsetzbaren Schutzmaßnahmen.

Bereits erkennbare und ohne größeren Planungsaufwand realisierbare Verbesserungen sollen nicht bis zum Abschluss der gesamtstädtischen Konzeption zurückgestellt werden. Die Personalkosten der zusätzlichen Vollzeitstelle gemäß Ziffer 1 sind nicht Bestandteil dieses Ansatzes von 100.000 Euro, sondern gesondert und zusätzlich im Personalhaushalt zu berücksichtigen.

4. Gebäude und Außenanlagen klimaangepasst gestalten

Auf Grundlage der Bestandsaufnahme wird ein schrittweise umzusetzendes Maßnahmenprogramm entwickelt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der klimaangepassten Gestaltung von Schulhöfen und Kita-Außenanlagen. Hierzu zählen insbesondere die Entsiegelung befestigter Flächen, zusätzliche Baumpflanzungen, naturnahe Verschattungs- und Begrünungsmaßnahmen sowie Verbesserungen des Regenwassermanagements.

An den Gebäuden sollen der sommerliche Wärmeschutz, außenliegende Sonnenschutzsysteme und die natürliche beziehungsweise technische Lüftung verbessert werden. Wo erforderlich und wirtschaftlich vertretbar, können ergänzend technische Kühlungslösungen eingesetzt werden.

Neben baulichen Investitionen sind auch organisatorische und niedrigschwellige Maßnahmen zur unmittelbaren Entlastung bei hohen Temperaturen zu berücksichtigen. Die zusätzliche Fachstelle übernimmt neben der Konzeption auch die Projektsteuerung und Begleitung der konkreten Umsetzung.

5. Zusätzliches Investitionsprogramm über fünf Millionen Euro bis 2030

Die Stadt Worms verfolgt das Ziel, **bis Ende 2030 insgesamt fünf Millionen Euro zusätzlich zu bereits vorgesehenen Maßnahmen** in den Hitzeschutz und die Klimaanpassung städtischer Schulen, Kindertagesstätten und deren Außenanlagen zu investieren.

Nach der konzeptionellen Aufbauphase im Jahr 2027 wird ab dem Haushaltsjahr 2028 ein jährlicher Investitionsrahmen von zunächst rund 1,5 Millionen Euro angestrebt. Die mittelfristige Finanzplanung ist unter Berücksichtigung des Gesamtziels und der Ergebnisse der Bestandsaufnahme entsprechend fortzuschreiben. Die zeitliche Verteilung ist so auszugestalten, dass das Gesamtziel bis Ende 2030 erreicht werden kann.

Die Mittel sind ausdrücklich zusätzlich zu den regulären Bau-, Sanierungs- und Unterhaltungsbudgets des Wormser Immobilienmanagements vorzusehen.

Bereits geplante Investitionen sollen durch das Hitzeschutzprogramm weder verdrängt noch lediglich einer anderen Finanzierungsquelle zugeordnet werden.

6. Finanzierung aus dem Sondervermögen prüfen

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, vorrangig die Finanzierung des Investitionsprogramms aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität beziehungsweise dem Rheinland-Pfalz-Plan für Bildung, Klima und Infrastruktur zu prüfen.

Ergänzend sind weitere geeignete Förderprogramme von Bund und Land einzubeziehen, um die finanzielle Belastung des städtischen Haushalts möglichst gering zu halten. Die Förderfähigkeit der einzelnen Maßnahmen sowie mögliche Anforderungen an die Zusätzlichkeit und die haushaltsrechtliche Zuordnung sind dabei zu berücksichtigen.

7. Umsetzung transparent begleiten und jährlich berichten

Die Stadtverwaltung berichtet dem zuständigen Fachausschuss erstmals im Jahr 2027 über den Stand der Bestandsaufnahme, die Einführung der Hitzeschutzschauen und des Temperatur-Monitorings sowie erste umgesetzte Maßnahmen.

Anschließend erfolgt eine jährliche Berichterstattung über die festgestellten Hitzebelastungen, die priorisierten Einrichtungen, den Umsetzungsstand, die Wirksamkeit der Maßnahmen und die Verwendung der bereitgestellten Mittel. Die Ergebnisse des Monitorings sollen in geeigneter Form öffentlich zugänglich gemacht werden.

8. Personalwirtschaftliche Kompensation und Überprüfung ab 2030

Um eine dauerhafte zusätzliche Ausweitung des Stellenplans zu vermeiden, wird eine fachlich vergleichbare Bestandsstelle beim Wormser Immobilienmanagement mit einem kw-Vermerk (künftig wegfallend) ab dem Jahr 2030 versehen.

Der tatsächliche Stellenwegfall erfolgt ausschließlich im Rahmen der natürlichen Personalfluktuation. Spätestens im Jahr 2030 wird der Personalbedarf durch den Haupt- und Finanzausschuss erneut bewertet. Dabei ist insbesondere zu prüfen, welche Aufgaben im Bereich Hitzeschutz und Klimaanpassung dauerhaft anfallen und ob die zusätzliche Fachstelle weiterhin erforderlich ist oder nach Abschluss des Investitionsprogramms entfallen kann.

Ziel ist es, die personellen Voraussetzungen für die Umsetzung des Programms sicherzustellen und gleichzeitig eine dauerhafte zusätzliche Belastung des Stellenplans zu vermeiden.

Begründung:

Die Folgen des Klimawandels sind längst in Worms angekommen. Zunehmende Hitzeperioden stellen insbesondere Schulen und Kindertagesstätten vor erhebliche Herausforderungen. Hohe Temperaturen in Unterrichts- und Betreuungsräumen beeinträchtigen die Gesundheit, Konzentrationsfähigkeit und das Wohlbefinden von Kindern, Jugendlichen und Beschäftigten. Auch Schulhöfe und Kita-Außenanlagen sind aufgrund fehlender Verschattung und stark versiegelter Flächen an heißen Tagen teilweise nur eingeschränkt nutzbar.

Gute Bildungs- und Betreuungsbedingungen dürfen nicht von den Außentemperaturen abhängen. Die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich deshalb dafür ein, den Hitzeschutz an Wormser Bildungseinrichtungen als eigenständige und langfristige kommunale Zukunftsaufgabe zu verankern.

Bislang fehlt eine einheitliche Grundlage, um die tatsächlichen Hitzebelastungen der einzelnen Einrichtungen systematisch zu erfassen, vergleichbar zu bewerten und daraus eine gesamtstädtische Investitionsplanung abzuleiten. Einzelmaßnahmen sind wichtig, können eine solche Strategie jedoch nicht ersetzen.

Mit der Einführung regelmäßiger Hitzeschutzschauen und eines verlässlichen Temperatur- und Hitzeschutz-Monitorings wollen wir die notwendigen Entscheidungsgrundlagen schaffen. Dabei geht es nicht allein darum, Temperaturen zu messen, sondern gesundheitliche Belastungen zu erkennen, geeignete Maßnahmen abzuleiten und deren Wirksamkeit anschließend zu überprüfen.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der klimaangepassten Gestaltung der Außenanlagen. Zusätzliche Bäume, entsiegelte und begrünte Flächen sowie ausreichende Verschattung verbessern nicht nur den Hitzeschutz, sondern langfristig auch die Aufenthaltsqualität und das Mikroklima. Entscheidend ist, dass aus den gewonnenen Erkenntnissen konkrete Verbesserungen entstehen. Dafür sind neben zusätzlichen finanziellen Mitteln auch die erforderlichen fachlichen und personellen Kapazitäten sicherzustellen.

Mit der beantragten zusätzlichen Vollzeitstelle beim Wormser Immobilienmanagement wird eine klare Verantwortung für die Entwicklung, Planung und Umsetzung der Maßnahmen geschaffen. Die zusätzlichen 100.000 Euro im Haushalt 2027 ermöglichen die notwendige Bestandsaufnahme, die konzeptionelle Vorbereitung sowie erste kurzfristige Verbesserungen.

Beide Ansätze sind ausdrücklich neu in den Haushalts- beziehungsweise Stellenplan aufzunehmen und dürfen nicht zulasten bereits vorgesehener Investitionen oder bestehender personeller Kapazitäten gehen. Gleichzeitig sollen dringend notwendige Verbesserungen nicht aufgeschoben werden. Wo bereits heute erhebliche Belastungen bekannt sind, müssen kurzfristig wirksame Maßnahmen möglichst frühzeitig umgesetzt werden können.

Die politische Bedeutung eines besseren Hitzeschutzes wurde auch im Oberbürgermeisterwahlkampf 2026 deutlich. Sowohl Stephanie Lohr als auch Timo Horst haben sich für entsprechende Verbesserungen an Wormser Schulen ausgesprochen. Mit dem vorliegenden Änderungsantrag greifen wir dieses Anliegen auf und verbinden es mit einer konkreten, langfristigen Umsetzungsperspektive.

Angesichts der angespannten Haushaltslage soll im Jahr 2027 zunächst die fachliche und organisatorische Grundlage geschaffen werden. In den Folgejahren sollen auf Basis der Bestandsaufnahme die notwendigen Investitionen gezielt umgesetzt werden. Mit dem Ziel, bis 2030 insgesamt fünf Millionen Euro zusätzlich in den Hitzeschutz zu investieren, schaffen wir eine langfristige Perspektive für die Anpassung unserer Bildungsinfrastruktur an die Folgen des Klimawandels.

Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität bietet hierfür eine besondere Finanzierungsmöglichkeit. Die Mittel sollen zusätzliche Verbesserungen ermöglichen und nicht lediglich bereits geplante Bau- und Sanierungsmaßnahmen anders finanzieren. Die jährliche Berichterstattung stellt sicher, dass die Fortschritte für den Stadtrat und die Öffentlichkeit nachvollziehbar bleiben und Prioritäten bei Bedarf angepasst werden können.

Auch die personelle Ausgestaltung berücksichtigt die schwierige finanzielle Situation der Stadt Worms. Die vorgesehene personalwirtschaftliche Kompensation und die erneute Bewertung des Bedarfs im Jahr 2030 sollen eine verlässliche Umsetzung ermöglichen, ohne den Stellenplan dauerhaft und ungeprüft auszuweiten.

Vielen Dank!

Gez.

Anna Biegler
Fraktionsvorsitzende

Tobias Dämgen
Ratsmitglied